14. September 2004

Nr. 508 R-630-16 Kleine Anfrage Toni Moser, Bürglen, zu den Auswirkungen des nationalrätlichen Nichteintretensentscheides auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) auf die Drogenpolitik im Kanton Uri

Am 16. August 2004 hat Toni Moser, Bürglen, vier Fragen im Zusammenhang mit dem Nichteintretensentscheid des Nationalrats auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes und deren Auswirkungen auf die Drogenpolitik im Kanton Uri gestellt. Die Fragen werden wie folgt beantwortet.

1. *Wird der Nichteintretensentscheid des Nationalrates die bisherige Drogenpolitik im Kanton Uri beeinflussen bzw. verändern? Wenn ja, welche Änderungen werden zu erwarten sein?*

Nein. Die bisherige Drogenpolitik im Kanton Uri wird durch der Nichteintretensentscheid des Nationalrats nicht unmittelbar beeinflusst. Wie bis anhin verfolgt der Regierungsrat das bewährte Vier-Säulen-Modell des Bundes. Die vier Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression umfassen eine ausreichende Palette von zweckmässigen Massnahmen. Dabei unterstützt der Regierungsrat auch weiterhin nicht nur geeignete Aktivitäten gegen den Konsum von illegalen Drogen, sondern auch gegen den übermässigen Konsum von legalen Suchtmitteln, namentlich Alkohol und Tabak.

2. *Wird sich der Regierungsrat des Kantons Uri dafür einsetzen, dass die Revision des Betäubungsmittelgesetzes auf eidgenössischer Ebene nochmals aufgenommen wird?*

Ja. Der Regierungsrat ist grundsätzlich der Meinung, dass das bestehende eidgenössische Betäubungsmittelgesetz aus dem Jahr 1975 zu revidieren ist. Dabei muss eine für die Kantone praktikable und zweckmässige Lösung gefunden werden. Inzwischen sind auf eidgenössischer Ebene bereits zwei parlamentarische Initiativen eingereicht und ei-

ne Volksinitiative gestartet worden, die zum Ziel haben, den strittigen Punkt der Cannabislegalisierung neu zu regeln. Der Regierungsrat erachtet daher zusätzliche Bemühungen seinerseits als nicht mehr notwendig.

3. *Die bundesrätliche Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes enthielt als wichtigstes und neues präventives Element den Jugendschutz. Durch den Nichteintretensentscheid des Nationalrates wird dieses Instrument der Prävention in den nächsten Jahren nicht verfügbar sein. Wird der Regierungsrat des Kantons Uri von sich aus aktiv und die Prävention des problematischen Cannabiskonsum bei Jugendlichen verstärken?*

Nein. Die Prävention soll nicht verstärkt, aber im bisherigen Rahmen (Beispiele siehe unten) weitergeführt werden. Mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes war vorgesehen, einen separaten Jugendschutzartikel für die Bestrafung der illegalen Abgabe von Betäubungsmitteln an Personen unter 16 Jahren zu schaffen. Aufgrund der Erfahrungen im Bereich des Alkoholkonsums ist jedoch anzunehmen, dass der praktische Vollzug der neuen Jugendschutzbestimmung auch im Drogenbereich schwierig gewesen wäre. Allerdings besteht mit Artikel 136 des Strafgesetzbuches schon heute die Möglichkeit, den Schutz von Kindern unter 16 Jahren zu gewährleisten. Deshalb drängt sich allein aufgrund des Scheiterns der Gesetzesrevision keine Änderung der bisherigen polizeilichen Praxis auf. Doch die vielfältigen Präventionsanstrengungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich sowie in den Jugendverbänden sollen im gleichen Rahmen weitergeführt werden. Beispiele dafür sind das Suchtpräventionsprojekt "Momänt" in den Jugendverbänden, der Schulklassenwettbewerb "Experiment Nichtrauchen", die Aktivitäten zum Tag des Nichtrauchens und das niederschwellige Anlauf- und Beratungsangebot von Urner Fachstellen.

Die neu gebildete kantonale Fachkommission Gesundheitsförderung und Prävention hat den primären Auftrag, strategische Schwerpunkte der Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Uri zu erarbeiten und entsprechende Massnahmen vorzuschlagen und zu koordinieren. Deren Umsetzung wird schliesslich weiterhin in der gemeinsamen Verantwortung von Kanton, Gemeinden und privaten Institutionen und Organisationen liegen.

4. *Wenn ja, welche Massnahmen sind allenfalls vorgesehen, der Prävention des problematischen Cannabiskonsum von Jugendlichen unter 16 Jahren mehr Gewicht zu geben?*

Wir verweisen auf die Antwort in Frage 3.

Mitteilung an Mitglieder des Landrates; Mitglieder des Regierungsrates; Standeskanzlei; Rathauspresse; Amt für Gesundheit; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion; Direktionssekretariat Sicherheitsdirektion; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrates
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor